

Ressort: Politik

Haushaltspolitiker wollen Komplettumzug der Regierung nach Berlin

Berlin/Bonn, 03.08.2014, 11:08 Uhr

GDN - In der Debatte um den Komplettumzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin fordert der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs einen klaren Zeitplan. Der "Welt" sagte er: "Im Haushaltsausschuss besteht parteiübergreifend Konsens, dass die Aufteilung der Ministerien zwischen Berlin und Bonn beendet werden muss. Wir sollten jetzt einen Zeitplan für den Umzug der Ministerien nach Berlin entwickeln."

Kahrs sprach sich für baldige Verhandlungen mit der Stadt Bonn aus. Vielen Städten, auch in NRW, gehe es schlechter als der ehemaligen Hauptstadt. Er sagte weiter: "Es gibt einen Bonn/Berlin-Vertrag. Aber auch Verträge haben ihre Zeit. Die Bonn-Anhänger müssen wissen: Mit jeder Generation neuer Bundestagsabgeordneter nimmt die Bindung an das alte Bonn spürbar ab." Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, die Linken-Politikerin Gesine Löttsch, wies auf die Kosten der zwei Regierungsstandorte hin: "Der Bund sollte mit allen Ministerien komplett von Bonn nach Berlin umziehen. Die kostspielige Teilung der Regierung auf zwei Standorte muss endlich beendet werden", sagte sie der Zeitung. Der doppelte Dienstsitz Berlin/Bonn hat den Steuerzahler in den vergangenen 15 Jahren rund 350 Millionen Euro gekostet. Das hatte der Bund der Steuerzahler im Auftrag der "Welt am Sonntag" berechnet. 1999 war die Bundesregierung von Berlin nach Bonn umgezogen. Sechs Ministerien behielten Bonn als ersten Dienstsitz. Fast 40 Prozent der Staatsdiener sind immer noch am Rhein stationiert. Zuvor hatten sich mehrere Ministerpräsidenten östlicher Bundesländer in der "Welt am Sonntag" für die vollständige Verlagerung der Regierungsgeschäfte nach Berlin stark gemacht. "Ein Komplettumzug der Bundesregierung ist überfällig", sagte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) forderte, die Entscheidung über einen vollständigen Umzug in die anstehenden Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einzubeziehen. Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sagte, 25 Jahre nach dem Fall der Mauer zeige sich auch aus Sicht der Ministerien, dass es nicht effektiv sei, an zwei Standorten zu arbeiten. "Deshalb sollten Bundestag und Bundesregierung noch einmal diskutieren, ob nicht eine Zusammenführung aller Ministerien in der Hauptstadt die zweckmäßigere Alternative zum jetzigen Ist-Zustand ist."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-38782/haushaltspolitiker-wollen-komplettumzug-der-regierung-nach-berlin.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619